

Sehr wichtig sind andererseits die indischen Erbsen, Bohnen und Linsen, wie aus den britischen Einfuhrtafeln klar hervorgeht. In 1000 cwt betrug die britische Einfuhr:

	1909	1910	1911	1912	1913
<b>Erbsen (außer Spliterbsen)</b>					
Gesamteinfuhr.....	1 201	1 477	2 084	2 465	1 882
Aus Indien.....	218	651	1 320	1 484	962
b. h. ....	18 %	44,7 %	63,3 %	60,5 %	51,1 %
<b>Bohnen</b>					
Gesamteinfuhr.....	2 530	1 134	1 383	1 663	1 853
Aus Indien.....	190	206	244	162	111
b. h. ....	7,5 %	18 %	17,7 %	9,7 %	6 %
<b>Linsen</b>					
Gesamteinfuhr.....	310	259	262	200	224
Aus Indien.....	123	171	242	189	150
b. h. ....	35,5 %	66 %	99,3 %	94,6 %	67,5 %

Es liegt auf der Hand, daß die indische Ausfuhr von solchen Waren für Großbritannien eine bedeutende Rolle spielt. Dagegen trägt Indien nicht zur Deckung des britischen Bedarfs an Spliterbsen bei.

Für die britische Volksernährung hat sonst unter den Erzeugnissen Indiens eigentlich nur der Tee größere Bedeutung. Die folgenden Zahlen zeigen die britische Seeinfuhr in Mill. lbs:

	1909	1910	1911	1912	1913
Gesamteinfuhr.....	341,7	331,8	346,2	361,1	365,0
Aus Indien.....	183,4	180,3	186,0	192,3	203,5
„ Zeylon.....	117,3	107,6	109,5	113,6	110,9
„ China.....	17,3	18,8	24,3	20,7	16,2

Es geht aus diesen Zahlen hervor, daß der ganz überwiegende Teil des Bedarfs aus Indien und Zeylon gedeckt wird. Die Seeindustrie in Indien und auf Zeylon ist eine englische Industrie, die mit englischem Kapital arbeitet und ihr Dasein dem Abhängigkeitsverhältnis dieser Länder von England verbannt.

Ein nicht geringer Teil der von England eingeführten Waren wird wieder ausgeführt. Um Indiens Bedeutung für die britische Volksernährung richtig einschätzen zu können, müssen wir deshalb auch untersuchen, wieviel von den eingeführten Lebensmitteln in England selbst verbleibt. Darüber erteilt die folgende Zusammenstellung Auskunft, in der die gesamte britische Einfuhr der verschiedenen indischen Waren verzeichnet ist unter gleichzeitiger Angabe, wieviel davon in Großbritannien behalten wird (Mengen in 1000 cwt):

	1909	1910	1911	1912	1913
<b>Weizen:</b> eingeführt.....	14 633	17 917	20 162	25 379	18 766
behalten.....	14 628	17 910	20 140	25 334	18 696
<b>Gerste:</b> eingeführt.....	168	161	2 385	6 494	3 619
behalten.....	168	161	2 384	6 417	3 616
<b>Erbsen:</b> eingeführt.....	218	651	1 320	1 484	962
behalten.....	215	645	1 318	1 453	951
<b>Bohnen:</b> eingeführt.....	190	206	244	162	111
behalten.....	141	172	198	132	91
<b>Linsen:</b> eingeführt.....	123	171	242	189	150
behalten.....	121	171	241	188	146

<b>Mais:</b> eingeführt.....	116	967	593	1 759	119
behalten.....	115	967	593	1 783	118
<b>Reismehl:</b> eingeführt...	4 247	5 878	4 994	5 944	5 162
behalten.....	3 023	4 336	3 553	4 725	4 120
<b>Weizenmehl:</b> eingeführt	4	12	47	13	2
behalten.....	4	12	47	13	2
<b>Tee in Mill. lbs:</b>					
eingeführt.....	183,4	180,3	186,0	192,3	203,5
behalten.....	163,7	161,7	168,9	173,0	181,6

Die große Bedeutung Indiens für die britische Volksernährung tritt aus diesen Zahlen mit großer Klarheit hervor. Es ist ohne weiteres klar, daß von diesem Gesichtspunkte aus die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft über Indien von großer, ja fast vitaler Bedeutung ist.

Selbstverständlich würde Großbritannien unter normalen Verhältnissen seinen Bedarf auch in einem freien und unabhängigen Indien decken können. Es würde aber mit anderen Ländern auf gleichem Fuße konkurrieren müssen, und Indien würde sich nicht genötigt sehen, möglichst viel an England zu verkaufen, um seine von der englischen Herrschaft herrührenden englischen Schulden zu verzinsen und abzutragen und um die aus seinem Abhängigkeitsverhältnis stammenden Verwaltungskosten zu decken. Und andererseits würde England nicht auf die Preise regulierend einwirken können. Weiter muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Bevölkerung in den Getreide ausführenden Ländern der Welt allmählich so stark steigen wird, daß verhältnismäßig viel weniger für die Ausfuhr verfügbar wird. Für einen Staat wie Großbritannien, der wesentlich von der Zufuhr von Lebensmitteln aus der Fremde abhängig ist, wird es dann doppelt notwendig werden, einen Einfluß auf die Getreidelieferanten ausüben zu können. Diese Möglichkeit ist in Kriegszeiten besonders wichtig. Es ist in diesem Kriege von unermeßlicher Bedeutung für Großbritannien gewesen, daß es in Indien freie Hand gehabt hat. Durch Verbote gegen die Ausfuhr nach anderen Ländern und durch Regulierung der Einkaufspreise ist es imstande gewesen, einen großen Teil seines Bedarfs an Lebensmitteln zu einem billigen Preise in Indien zu decken, und wenn man die Bedeutung des indischen Einsatzes im Kriege richtig einschätzen will, darf man diese Seite der Sache nicht übersehen. Der indische Kleinbauer, der durch die Regierungsmaßnahmen verhindert worden ist, den hohen Marktpreis für seine Erzeugnisse zu erhalten, hat einen für seine Lage sehr schweren Teil an der Kriegslast zu tragen gehabt.

Man kann nach alledem begreifen, daß das offizielle England große Bedenken hegt, Indien Selbstverwaltung einzuräumen, und daß der britische Staatssekretär Mr. Montagu angeblich die Überzeugung aus Indien mit zurückgebracht hat, daß Indien für Selbstverwaltung nicht reif ist. Ein Indien, das seine Politik selbständig leitete, würde Großbritannien nicht dieselben Vorteile bieten und für die britische Volksernährung sehr an Bedeutung verlieren.

## Währungspolitische Lehren des Krieges

Eine fast täglich steigende Flut von Broschüren und Aufsätzen sucht die Frage nach den währungspolitischen und geldtheoretischen Lehren des Krieges zu beantworten. Wenn diese Versuche in dem Glauben unternommen werden, daß schon jetzt die endgültige Form der deutschen Währung aus den Erfahrungen der Friedens- und Kriegszeit gefolgert werden könnte, so darf von ihnen mit großer Bestimmtheit gesagt werden, daß sie auf Flugsand gebaut sind. Das Geldwesen ist eine Einrichtung des Staates. Die künftige politische und wirtschaftliche Verfassung der Staaten und das Verhältnis, in dem die Staaten

am Ende des Krieges zueinander stehen werden, wird auch ihre innere Geldverfassung und auswärtige Währungspolitik maßgebend bestimmen — viel mehr als die Verhältnisse der Goldproduktion und des Silbermarkts, an die der Laie zunächst zu denken pflegt, wenn von den Motiven der Währungspolitik die Rede ist. Ob es gelingen wird, dem Einzelhandel freie Bahn zu schaffen oder ob der Handelsverkehr auch nach Friedensschluß in das Prokrustesbett des staatlichen Warenaustausches gezwängt werden wird; ob der politische Aggregatzustand der letzten Friedensjahrzehnte sich

wiederherstellen wird oder ob mit der Bildung von Völkerbünden gerechnet werden muß; diese und ähnliche Fragen sind in erster Linie entscheidend für das Schicksal der deutschen Währungsform und Währungspolitik.

Dennoch sind jene Erörterungen nicht ohne Wert. Nur daß sie ihr Ziel etwas niedriger stecken müssen, als es die Angriffsflust ihrer Urheber wünscht. Wenn sie sich bescheiden, aus den Erfahrungen der letzten Zeit diejenigen Schlüsse zu ziehen, die zur Korrektur unzulänglicher Theorien, zur Erweiterung des Gesichtskreises und zur schärferen Bestimmung der Begriffe führen, erfüllen sie eine notwendige Funktion. Sie befähigen dann die Geldpolitik, die abgestorbene Haut verjährter Irrtümer abzustreifen und mit neuen Augen die veränderte Lage der Dinge zu betrachten. Aber wo ist hier Wahrheit und Irrtum, da doch angesehene Lehrer ihres Faches noch immer nicht zur Einigung auch nur über die Grundlagen der Geldtheorie gelangt zu sein scheinen? Hat der Krieg überhaupt Erscheinungen hervorgebracht, die etwas Neues lehren können? Und ist nicht auch hier das non liquet aller Weisheit letzter Schluß?

Dem Laien, der so fragt, hoffen wir mit einigen Feststellungen zwar nicht zur Behebung aller Zweifel, doch zur Klärung der Sachlage verhelfen zu können. Die ausführliche Begründung und Sicherung unserer Thesen würde nur in einer sehr viel breiter angelegten Darstellung gegeben werden können. Für heute muß eine Übersicht genügen, die unsern Standpunkt, er sei nun haltbar oder nicht, klar und eindeutig erkennen läßt.

An Theorien des Geldwesens kommen heute nur zwei Gruppen ernsthaft in Betracht: auf der einen Seite die Staatliche Theorie des Geldes von G. F. Knapp, ergänzt durch die Gedanken zur Geldkreation von Fr. Bendixen, auf der andern der Metallismus, vertreten nicht durch eine überragende Persönlichkeit, sondern durch eine große Menge von Gelehrten und Schriftstellern, deren Meinungen oft nicht viel mehr gemeinsam haben als die Abneigung gegen die Staatliche Theorie. Eine dritte Gruppe „nominalistischer“ Theoretiker kann hier außer acht bleiben, da sie zur Erklärung der Geldgeschichte noch keinen Beitrag geliefert hat, der nicht aus den Gedanken der anderen beiden Gruppen abgeleitet werden könnte. Es gilt also die Thesen dieser beiden Gruppen den Erfahrungen der Kriegszeit gegenüberzustellen.

Die Staatliche Theorie ist damit beschäftigt, ein System der Geldverfassung und Geldpolitik aufzubauen, in dem sowohl die Metallwährungen wie die Papierwährung ihre Stelle finden. Sie empfiehlt die Papierwährung nicht; aber sie erklärt die Geldfunktion des Papiergeldes aus den gleichen Bedingungen wie die Geldfunktion des Metallgeldes; sie behauptet, daß die Geltung auch des „vollwertigen“ Goldgeldes in der modernen Wirtschaftsverfassung nicht auf dem Wert seiner Metallplatte beruht, sondern auf der Begünstigung durch die Zahlungsgemeinschaft, in unserm Falle durch den Staat. Die Theorie lehrt ferner, daß auch in dieser Geldverfassung das Edelmetall von großer Bedeutung ist, soweit es zur Regulierung der intervalutarischen Kurse benutzt werden kann. Doch wird die Bedeutung für diesen Zweig der Währungspolitik (den „exodromischen“ in der Kunstsprache Knapps) nicht übertrieben: weder durch Einrichtung der Goldwährung und Verwendung des Goldes zu exodromischen Zwecken noch durch andere Mittel der staatlichen oder bankmäßigen Währungspolitik kann die Einhaltung eines bestimmten Kursstandes bei ungünstiger Zahlungsbilanz erzwungen werden; es entscheidet hier das Machtverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt, das auch die Staaten und ihre Organe nur durch marktmäßige Mittel verändern können.

Der Metallismus ist infolge seiner vielen Spielarten nicht leicht in gleicher Kürze zu charakterisieren wie die Staatliche Theorie. Er beruht auf dem Glauben, daß Metallgeld und Papiergeld im Grunde nur den Namen und den juristischen Charakter als Zahlungsmittel gemeinsam haben. Im übrigen beruht die Geldfunktion des Metallgeldes auf dem Wert seines Metallgehalts; die Geldfunktion des Papiergeldes dagegen schwebt in der Luft; sie wurzelt allenfalls im Vertrauen der Bevölkerung, die auf eine künftige Einlösung in Metallgeld hoffe und darum das Papiergeld gleich diesem bewerte. Es gälte also ein wertbeständiges Edelmetall als Währungsgrundlage zu wählen und zum Geldstoff zu erklären: alle übrigen Fragen würden sich fast automatisch erledigen. Preissteigerung, Disagioerscheinungen im Innern und Äußern, schließlich alle währungspolitischen Schwierigkeiten seien darauf zurückzuführen, daß man die Grundlage eines wertbeständigen Edelmetalles entweder verloren oder noch nicht gefunden habe.

Die Erfahrungen des Krieges in seinem bisherigen Verlauf sind auf dem Gebiet der Währungspolitik unschwer aufzuzählen. Es handelt sich um Verhältnisse, die allgemein bekannt sind und ohne Aufwand an legislatorischem und statistischem Material ins Gedächtnis zurückgerufen werden können. In fast allen Staaten der Welt ist das Gold aus dem Verkehr gezogen worden, ohne daß eine Erschütterung des Zahlungswesens erfolgt wäre. Das Papiergeld, ob mehr oder weniger gedeckt, reichlicher oder weniger reichlich ausgegeben, wird von niemandem im inneren Zahlungsverkehr anders behandelt als früher das Goldgeld. Daß die Preise überall gestiegen sind, ist nicht auf eine subjektive „Minderbewertung“ des Papiergeldes zurückzuführen, sondern auf die wachsende Warenknappheit, verbunden mit rapider Vermehrung der Zahlungsmittel. Aber auch diese ist keine Besonderheit der Papierwährung; sie ist auch in neutralen Ländern aufgetreten, die sehr wohl in stande waren, die Einlösung ihrer Zahlungsmittel in Gold ausrechtzuerhalten; hier hat gerade der Zustrom des Goldes, mit dem die kriegführenden Länder ihre Bezüge zu bezahlen suchten, zu einer inflatorischen Vermehrung der Kaufkraft geführt und einzelne Staaten veranlaßt, der Goldeinfuhr Schranken zu setzen. Sie erkennen eine Verpflichtung der Zentralbank zum Ankauf von Gold zu festem Satz nicht mehr an und bewirken so, daß der Goldpreis in ihrem Lande unter den Münzpreis fällt, die Valuta ihres Landes aber sich über den Stand der „Goldvaluten“ erhebt. Überall wird es immer mehr als die Aufgabe des Goldes erkannt, der Regulierung der intervalutarischen Kurse zu dienen, während im Innern der Gebrauch papierner Geldzeichen und giraler Abrechnungsmethoden allen Anforderungen genügt. Der Stand der intervalutarischen Kurse aber richtet sich, wie die Erfahrung jeder Woche zeigt, nicht nach der Höhe des Goldbestandes oder nach ihrem Verhältnis zur Höhe des Notenumlaufs, sondern nach den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt; diese wiederum werden von Geschäften, Spekulationen und Stimmungen der Bank- und Börsenkreise bestimmt; vorausgesetzt daß nicht, wie beispielsweise im Verkehr der Vereinigten Staaten und England, die Staaten oder halbstaatliche Organe den Markt dadurch beherrschen, daß sie auf Grund eines Abkommens Zahlungsmittel des anderen Landes zu festem Kurse kaufen und verkaufen.

Alle diese Erscheinungen sind auf Grund der Staatlichen Theorie mit großer Leichtigkeit zu erklären. Kein Wunder — denn die Theorie ist nichts anderes als eine Systematisierung dessen, was die Staaten auf dem Gebiet des Geldwesens in der Neuzeit tun; die Erfahrungen der Kriegszeit halten sich aber durchaus im Rahmen der Erscheinungen, die schon beim Aufbau der Staatlichen Theorie bekannt waren — nur daß sie jetzt in größerer Breite und Eindringlichkeit auftreten. Die

metallistische Theorie war dagegen von je zur Vernachlässigung dieser Erscheinungen geneigt gewesen; sie ist denn auch nur mit vielen Umwegen und Ausreden fähig, eine Art von Erklärung zu geben, die der neuen Lage gerecht wird.

Auch mit dem ptolemäischen Weltssystem können schließlich die Bewegungen der Planeten — erklärt werden. Es kommt eben nicht auf Erklärung schlechthin, sondern auf die einfachste und klarste Beschreibung und Ordnung der Dinge an. Daß aber die begriffliche Erfassung der Währungsentwicklung während des Krieges an Einfachheit und Klarheit gewinnt, wenn man sich auf den Boden der Staatlichen Theorie des Geldes stellt, zeigt schon die oben gegebene Skizze; ein ausführlicher Beweis muß an einer anderen Stelle geführt werden. Dagegen darf hier auf ein Ereignis hingewiesen werden, das unmittelbarer als allgemeine Überlegungen die Wandlung der geldtheoretischen und währungspolitischen Überzeugungen unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen erkennen läßt: wir meinen die währungspolitischen Teile des schon von uns besprochenen Warburg'schen Referats über „Währung und Wirtschaftsführung“ auf der Hamburger Tagung vom 15. und 16. Juni (abgedruckt im Sonderheft des „W.-D.“: „Wiederaufbau der Friedenswirtschaft“, vom 19. Juli). Dieses Referat hat auch bei den anwesenden Reichstagsabgeordneten einen starken Eindruck hinterlassen: aber das Schwergewicht des Interesses lag in jener Tagung auf den Einwendungen gegen den Fortbestand des Devisenmonopols nach Kriegsende. Die währungspolitischen Darlegungen waren indes von nicht geringerer Bedeutung; man übertrifft schwerlich, wenn man sie für Symptome einer epochalen Veränderung erklärt.

Indem Warburg erklärt, daß an eine Wiederaufnahme der Banknoten-Einlösung in Gold unmittelbar nach

Kriegsende nicht zu denken sei, bekennt er sich zu der These, daß das Gold in erster Linie exodromischen Zwecken zu dienen habe, im Umlauf dagegen entbehrt werden könne. Indem er die Aufhebung der Dritteldeckung-Vorschrift fordert, erkennt er an, daß Notenumlauf und Goldbestand durch unser Bankgesetz in ein unorganisches Verhältnis gesetzt worden sind und daß dieses unnatürliche Band gelöst werden muß, wenn man rationelle Geldkreation betreiben will. Er sieht die Ursache der Inflation nicht in der Existenz des Papiergeldes, sondern in der wachsenden Beanspruchung der Reichsbank durch die Schatzwechsel-Kredite des Reichs. Er fordert daher eine sichtbare Trennung fiskalischer und kommerzieller Wechsel und will die Notenemission der Reichsbank nur durch den Bestand echter Warenwechsel (oder ihrer Analoga: denn es gibt auch Bankwechsel, die die gleiche wirtschaftliche Funktion wie jene erfüllen) begrenzt sehen. Hier berührt er sich eng mit den Gedankengängen Friedrich Bendixens, der als erster die geldtheoretische und währungspolitische Tragweite jener schon von einer einflußreichen englischen Schule, Anfang des 19. Jahrhunderts aufgestellten Maxime, unabhängig von jenen älteren Vertretern des banking principle erkannt und dargestellt hat.

Es kann nicht Zufall sein, daß solche Gedanken vor dem Krieg von keinem maßgebenden Praktiker ausgesprochen worden sind: die Erfahrungen der letzten vier Jahre haben hier einen Prozeß beschleunigt, der sich unter normalen Verhältnissen durch Jahrzehnte erstreckt haben würde. Es ist auch bezeichnend, daß die Wandlung eher in den Kreisen der Praxis bemerkbar wird als in den Zirkeln der Fachgelehrten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir wieder einer Periode leidenschaftlichen Währungsstreits entgegengehen.

Dr. Kurt Singer

## Österreichische Finanzpolitik

Da die österreichischen Staatsfinanzen an dieser Stelle erst vor wenigen Monaten einer ausführlichen Analyse unterzogen worden sind\*), so kann ich mich bezüglich des vor kurzem dem Parlament unterbreiteten Voranschlags für das Jahr 1918/19 auf die wichtigsten Daten beschränken. Er präliminiert die Staatsausgaben mit insgesamt 24 321 Millionen gegen 23 823 Millionen für das Jahr 1917/18 und 3 461 Mill. im Jahre 1913. Von den Ausgaben entfallen 6 439 Mill. (i. B. 5 673) auf dauernde, und 17 882 (i. B. 18 151) auf vorübergehende. Als vorübergehende Ausgaben sind dabei nur diejenigen bezeichnet, die sich sachlich ganz ausscheiden und ziffermäßig voll erfassen lassen. Das sind die eigentlichen Kriegskosten — der österreichische Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben von Armee und Flotte — mit 12 000 Mill., Lohnzuschläge für Arbeiter der Staatsbahnen und Staats-Montanbetriebe mit 123 Mill., die Kosten des Wiederaufbaues der kriegsbeschädigten Gebiete mit 751 Mill. und die Kosten verschiedener Kriegshilfsmaßnahmen mit 4984 Mill. Die eigentlichen Kriegskosten haben sich seit den letzten zwei Jahren stabilisiert. Sie haben genau betragen im ersten Kriegsjahr 6327 Mill., im zweiten Kriegsjahr 9513 Mill., sind im folgenden Jahr auf 11 453 Mill. gestiegen und haben sich im Jahre 1917/18 mit 11 343 Mill. ungefähr auf gleicher Höhe gehalten. Wenn man den ungarischen Anteil quotenmäßig berechnet, so berechnen sich die gesamten Kriegskosten der Monarchie für die vier Kriegsjahre bis Ende Juni 1918 mit rund 61 Milliarden. Darin sind jedoch die erheblichen Kosten nicht berücksichtigt, die der Unterhalt der

Angehörigen von einberufenen Militärpersonen und andere Kriegs-Hilfsmaßnahmen verursachen. Für sie werden insgesamt nicht weniger als 5 Milliarden angefordert, und der Finanzminister hat bereits angekündigt, daß bei Fortdauer des Krieges sich im Laufe des Jahres verschiedene Nachtragsforderungen einstellen dürften. Allein 3501 Millionen erfordern die Unterhaltsbeiträge. Sie sind in ihrer heutigen Konstruktion ein Unikum, da sie ohne Rücksicht auf die Erwerbsfähigkeit und die tatsächlichen Einkommenverhältnisse der unterstützten Personen gewährt werden. Inzwischen haben die Sozialdemokraten neuerdings einen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze eingebracht. Wenn die Regierung ihn überhaupt in Erwägung ziehen sollte, was bei der fortschreitenden Teuerung kaum zu vermeiden sein dürfte, dann wird sie jedenfalls damit eine Änderung des ganzen Gesetzes in unlöslichen Zusammenhang bringen müssen. Für die Unterstützung von Kriegsflichtlingen werden nur noch 541 Mill. gegen 989 Mill. veranschlagt, da nach dem Friedensschluß im Osten und mit der Befreiung der südwestlichen Gebiete von der italienischen Invasion ein sehr großer Teil der Flüchtlinge wieder in seine Heimat zurückbefördert werden konnte. Allgemein ist das solange nicht möglich, als nicht die vielen zerstörten Ortschaften wieder aufgebaut und für die heimkehrende Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten geschaffen sind. Dazu kommen Zuschüsse für die Ernährung der unbemittelten Bevölkerungsschichten von 201 Mill., Zulagen für Staatsangestellte von 731 Mill. und verschiedene andere Hilfsmaßnahmen von 10 Mill. Für den Wiederaufbau der Kriegsgebiete sind 751 Millionen vorgesehen, davon 615 Mill. für das nördliche und 125 Mill. für das süd-

\*) Vgl. Nr. 16 und 18 vom 9. April und 3. Mai 1918